

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ehrenhaft für Räuber und Plünderer.

Strafantrag im kleinen Hitlerprozeß.

BS. München, 26. April. Im Prozeß gegen den Stöckhupp-Mörder beantragte Staatsanwalt Wintersberger am Schlosse seines Plünderers, sämtliche Angeklagten der Beihilfe zum Hochverrat schuldig zu sprechen und den Angeklagten Feistmeyer wegen Diebstahls zu verurteilen. Im einzelnen wurden folgende Strafen beantragt:

gegen die Hauptbelasteten Maurice, Schneider, Fröschel und n. Ansdloch, der sich nicht gemeldet habe, den schamlosen Befehl mitzugeben, die Geiseln zu erschlagen oder zu erschrecken, je 3 Jahre Zuchthaus,

gegen die am wenigsten belasteten Angeklagten Schmidt, Stollwerck, Steinbinder und Geram die Mindeststrafe von einem Jahr drei Monaten Zuchthaus,

gegen alle übrigen Angeklagten je ein Jahr sechs Monate Zuchthaus,

gegen sämtliche Angeklagte außerdem noch eine Geldstrafe, deren Höhe dem Ermessen des Gerichts überläßt.

Gegen Feistmeyer beantragte der Staatsanwalt fünf Monate Gefängnis wegen schwerer Diebstahls, unter Jubelbilligung milderer Umstände.

Die den Angeklagten Feistmeyer und Strauß früher bewilligte Bewährungsfrist sei zu widerrufen. Die erteilte Untersuchungshaft soll allen Angeklagten mit Ausnahme des Maurice angerechnet werden.

Diese Strafanträge kommen einer Prämierung von Mordbrennern gleich und sind ein Schlag ins Gesicht für jeden, der in Deutschland noch an Recht geglaubt hat.

Sieben beschwert sich das Organ dieser Mordbrenner, das „Deutsche Tageblatt“, darüber, daß der demokratische Abgeordnete Dornburg in einer Lichterfelder Wählerversammlung auf die Gefahren hingewiesen hat, die „von Ludendorff und Holz“ gleichermaßen drohen. Das „Tageblatt“ tut entsetzt, daß man den Führer des deutschen Feldheeres in einem Atemzuge mit Holz nennt!

Dieser „Führer des deutschen Feldheeres“ ist der Reichspitzenkandidat der völkischen Mörder! Er hat die Schandtat mit angehen und — wenigstens still-

schweigend — gebilligt, die jetzt in München zur Verhandlung standen. Er hat die Mißhandlung der Stadträte, ihre widerrechtliche Verhaftung nicht verhindert, trotzdem er es konnte. Er hat sich umgedreht mit den Worten „Ach so!“ Das war alles! Er hat also die volle Verantwortung für das Treiben der Burschen, die auf sein Kommando eingeschwenkt waren. Zwischen Ludendorff und Holz besteht also kein Unterschied, es sei denn der, daß Holz persönlich für seine Ansichten eintrat, Ludendorff aber die anderen für sich arbeiten ließ! Wer von beiden der sympathischere ist, darüber wird nicht die Tatsache entscheiden, daß der eine freigesprochen, der andere aber zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt wurde.

Die Ludendorff-Banden, die in München hausten, wie die Holz-Bande in Mitteldeutschland, sind auf eine Stufe mit diesen zu stellen. Aber in München prämiert man jene mit Ehrenhaft, in Preußen verurteilt man diese zu Zuchthaus. Dafür ist München aber die Ordnungszelle, Preußen ein unkultiviertes Land. Warum, das hat gestern abend Dr. Stresemann in einer Wählerversammlung in Steglitz erzählt, als er ausführte:

Wenn ihn von der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht werde, daß er nicht auch gegen Bayern eingeschritten sei und daß er mit zweierlei Maß gemessen hätte, so gebe er das zu. Er sagte: Ich gebe zu, mit zweierlei Maß gemessen zu haben, weil ich der Meinung bin, daß man gegen politisch verführte National-Idealisten nicht dieselben Methoden anwenden kann wie gegen rote Horden, die von ausländischem Sometgeld bezahlt werden.

Stresemann bringt also den Satz des alten königlich-preussischen Justizministers Schönstedt wieder zu Ehren, daß es nicht dasselbe sei, wenn zwei dasselbe tun. Er stellte sich als Kanzler des Reiches schürend vor die Ludendorff-Banden! Kein Wunder, wenn auch der Staatsanwalt des verfassungswidrigen „Volksgerichts“ in München dasselbe tut, wie der frühere Kanzler und jetzige Reichsaußenminister, der Führer und beste Mann der „Volkspartei“.

auch mit so vielen Einzelstaten belegt, daß es schwer ist, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln. Die kommunistische Partei hatte bisher zwar den demofokratischen Auftrag gepredigt, aber offiziell den persönlichen Terror, den Reichsmord aus dem Hinterhalt, abgelehnt. Jetzt scheint sie, wenn die behördlichen Angaben zutreffen, tatsächlich dem Beispiel der völkischen Geheimbünde gefolgt zu sein und eine richtige Mörderzentrale gebildet zu haben. Damit hätte sie tatsächlich den Punkt erreicht, wo das scheinrevolutionäre Treiben in den regelrechten Banditismus, in das gemeinsame Verbrechertum mündet.

Die internationale Anleihe.

Bankierberatungen in Paris.

Paris, 25. April. (WZB.) Wie bereits berichtet, hatten die Delegierten der verschiedenen Länder in der Reparationskommission gestern abend eine Besprechung mit Pierpont Morgan, welche heute fortgesetzt werden soll. Laut „Echo de Paris“ finden heute Verhandlungen mit dem englischen Finanzmann Montagu Norman statt. Nach einer Meinung des „Matin“ könnte man annehmen, daß Verhandlungen mit Finanzleuten anderer Staaten folgen werden, um über die Möglichkeit der Unterbringung der durch den Sachverständigenbericht vorgezeichneten Anleihe von 800 Millionen Goldmark Klarheit zu schaffen.

Paris, 25. April. (Eca.) Dem „Populaire“ zufolge wird der Vorkanzler Morgans in Paris sehr kurz sein. Morgan werde wahrscheinlich Anfang der kommenden Woche Paris verlassen, jedoch vorher eine Zusammenkunft mit Poloncaré haben.

Die italienische Antwort eingetroffen.

Paris, 26. April. (Eca.) Die Antwort der italienischen Regierung an die Reparationskommission ist der Reparationskommission nunmehr, wie wir aus amtlicher Stelle erfahren, zugegangen. Die Reparationskommission wird daraufhin gegen 12 1/2 Uhr die Texte der Zuschriften an die Reparationskommission der Öffentlichkeit übergeben.

Der englische Handel für Verständigung.

London, 26. April. (CP.) Der Bund der englischen Handelskammern hat an den Staatssekretär Snowden ein Schreiben gerichtet mit der Erklärung, der Vorschlagsausschuß des genannten Bundes sei der Ansicht, daß der Sachverständigenplan angenommen werden sollte, da dieser eine gerechte und vernünftige Lösung der Reparationsfrage darstellt. Der Bund der englischen Handelskammern ersucht die englische Regierung, die Notwendigkeit anzuerkennen, das Möglichste zu tun, um diesen Plan so rasch wie möglich der Verwirklichung entgegenzuführen.

Die Londoner Grenzverhandlungen zwischen dem Freistaat Irland und dem Sonderstaat Ulster sind gescheitert und abgebrochen.

Der Wahlsieg in Finnland.

Von Karl H. Witt, Mitglied des finnischen Reichstages.

Die Neuwahlen zum finnischen Reichstage, ihre Ursachen und Ergebnisse beleuchten grell die jetzige Entwicklung in Finnland. Sie weisen Symptome auf, die nicht nur für Finnland charakteristisch sind.

Die Wahlen standen unter den Nachwirkungen der großen Kommunistenverhaftungen vom August 1923. Der Kommunismus ist keine besonders kräftige Pflanze in Finnland, wo die Arbeiterschaft seit 25 Jahren in den sozialdemokratischen Organisationen geschult worden ist. Aber er dient, in Finnland wie in anderen Ländern, den Reaktionsären als Vorwand für Maßnahmen, unter denen die gesamte Arbeiterschaft zu leiden hat.

Die nach 1918 in Finnland zur Macht gelangten Kleinbäuerlichen Elemente waren von den Linksparteien zu abhängig, um gegen die Arbeiterklasse schroff auftreten zu können. Es galt für sie, die neugewonnene Demokratie in einer für die Bauernschaft vorteilhaften Weise auszubauen und zu befestigen; es galt ferner, durch eine umfassende Siedlungsbewegung der Bauernklasse mehr Mitglieder zuzuführen und somit die soziale Grundlage der Bauernherrschaft zu befestigen. Das eine wie das andere gelang; im Sommer 1919 wurde eine republikanische Verfassung angenommen, und durch eine Reihe von Gesetzen wurde eine Bodenreform angebahnt. Der Schlüsselstein war die sogenannte „Verkauf“, die die Großgrundbesitzer verpflichtete, einen Teil ihres Bodens dem Staate für Siedlungszwecke abzutreten. Nachdem dieses Gesetz angenommen worden war — die kommunistischen Stimmen hatten dabei den Ausschlag gegeben — hatte der Reiter seine Schuldigkeit getan.

Anfang August 1923 wurden plötzlich die führenden Kommunisten, insgesamt etwa 200 Personen, verhaftet und die kommunistischen Druckereien versiegelt, so daß die Zeitungen nicht mehr erscheinen konnten. Vor dem Hofgericht in Abo wurde ein Riesenprozeß inszeniert, von dem das Bürgertum voll ungeduld die zerschmetternden Beweise gegen die Kommunisten erwartete, die die Regierung Kallio versprochen hatte.

Da der Reichstag durch die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten — eine Maßnahme von zweifelhafter Gesetzmäßigkeit — unvollständig geworden war, forderte die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstages und die Ansetzung von Neuwahlen. Die Regierung lehnte diese Forderung ab. Die Sozialdemokraten drohten, von den Sitzungen des Reichstages fernzubleiben. Nun griff der Reichspräsident ein, indem er im Januar 1924 das Rumpfparlament auflöste. Die Regierung Kallio, die bis zum Ende Widerstand geleistet hatte, mußte demissionieren. Die Wahlen fanden am 1. und 2. April statt.

Jetzt offenbarte es sich, welche Dummheit die Regierung Kallio begangen hatte, als sie die Neuwahlen nicht schon früher vornehmen ließ. Im Herbst 1923 waren die Kommunisten infolge des Schlags, der sie getroffen hatte, desorganisiert. In den Reihen der Sozialdemokratie herrschte Mißmut. Dagegen genoh die Regierung wegen ihres „festen Auftretens“ gegen die Kommunisten unter den Bürgerlichen eine große Autorität und die von ihr begangenen Gesetzmäßigkeiten verzog man ihr nur allzu gerne.

Nun hat sich der große Kommunistenprozeß als ein Skandal erwiesen. Nichts Neues ist dabei dargelegt worden; nur alte, schon längst veröffentlichte Parteiprogramme und Resolutionen sind vorgelegt und in „hochverräterischem“ Sinne ausgelegt worden. Die meisten der Verhafteten sind inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden.

Die reaktionären Elemente machten die größten Anstrengungen, um die reaktionäre Stimmung im Bürgertum zu schüren und reaktionäre Pläne vorzubereiten. Sie planten unter anderem durch eine „Wahlrechtsreform“ die Kommunisten auch für die Zukunft aus dem Reichstag auszuschalten und so die Zahl der Arbeitervertreter zu vermindern. Dies hätte ihren Kampf um Erhöhung der Getreidepreise, Abschaffung des Achtstundentages usw. außerordentlich erleichtert.

Die Arbeiter sahen die Gefahr, die ihnen durch diese Anschläge drohte. Es entstand eine starke Bewegung zur Selbstverteidigung. Von Tag zu Tag änderte sich die Lage. An die Stelle des früheren Mißmutes trat Kampfeslust. Sogar die Kommunisten, die so gut wie ohne Zeitungen und Propagandisten dastanden, entschieden eine, freilich unbedeutende, Wahlpropaganda.

Als das Wahlergebnis bekannt wurde, erweckte es großes Aufsehen. Nicht weil die Zahl der kommunistischen Mandate von 27 auf 18 gesunken war — ein anderes Resultat war unter den obwaltenden Verhältnissen kaum zu erwarten. Aber daß die Sozialdemokratie beinahe alle von den Kommunisten verlorenen Mandate gewann und daß die Zahl der Arbeitervertreter fast unverändert blieb, — das war die große Sensation des Wahlausganges.

Schon seit einiger Zeit macht sich unter den Arbeitern, die unter kommunistischer Führung standen, ein Umschwung bemerkbar. Organisationen, die früher aus der sozialdemokratischen Partei ausgestiegen sind, schließen sich ihr wieder an. Bei einer genauen Prüfung der Wahlergebnisse stellt sich jetzt heraus, daß die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen genau der Abnahme der kommunistischen Stimmen entspricht. Diese Erscheinung zeigt sich in sämtlichen 16 Wahlkreisen Finnlands. Es ist offenbar, daß ein beträchtlicher Teil der früheren kommunistischen Wähler (etwa ein Drittel) jetzt für die Sozialdemokratie gestimmt hat.

Eine linksradikale Mörderzentrale.

Ermordung eines angeblichen Spiegels. — Attentatsplan gegen Seede.

Am 7. Januar d. J. wurde in Berlin ein Friseur Johann Rausch im Loreingang des Hauses, in dem er wohnte, niedergeschossen. Rausch lag zwei Monate lang im Krankenhaus und erlag am 17. März seinen Verletzungen. Inzwischen waren bereits einige Verhaftungen vorgenommen worden, denen weitere in Stuttgart folgten.

Das dieser Lage abgeklärte Ermittlungsverfahren soll nun nach amtlichen Quellen folgendes Ergebnis gezeigt haben: Johann Rausch galt bei den Kommunisten als Spiegel und wurde deshalb von ihnen ermordet. Mörder soll kein anderer sein als Feig Neumann, Schriftsetzer, geb. 1889 zu Berlin, der einer kommunistischen Zirkel angehört soll und der bis zur Übernahme dieser Tätigkeit als politischer Sekretär bei der Reichszentrale der SPD in Berlin angestellt war. Sein Gehilfe bei der Tat war ein gewisser Boege, Ritzebänder der Ortsgruppe Leipzig der SPD, ferner ein gewisser Margies, der wegen wiederholten Diebstahls mit 12 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, und ein gewisser Egan. Alle vier befinden sich in Haft. Ferner sind verhaftet Otto Koenig aus Darmstadt, Gottwald Neus aus Haan und der Kraftfahrer Adolf Roegner aus Berlin. Sie alle sollen Mitglieder einer Zirkel der kommunistischen Partei gewesen sein, die die Aufgabe hatte, Verräter innerhalb der Partei und besonders gefährliche Gegner der Partei durch Mord zu erledigen. Die Zuständigkeit der Gruppe erstreckte sich auf das ganze Reich. Sie unterstand einem Führer mit dem Decknamen Hellmut, der inzwischen in der Person eines Russen, der angeblich Gooß heißt, festgestellt und in Berlin verhaftet wurde.

Die Mitglieder der Zirkel erhielten zunächst 180 M. im Monat, später 60 M. für die Woche mit 50 Proz. Zuschlag für Verheiratete. Sie wurden angeblich durch Handschlag mit folgenden Worten verpflichtet: „Ich verpflichte mich, bei meiner proletarischen Ehre (!) als Mitglied der Gruppe zur Überwachung der Partei. Verrat, Feigheit und Flucht werden mit dem Tode bestraft.“ Bei den Verhafteten wurden Parabellumpistolen, erhebliche Mengen von Sprengstoffen, sowie auch Kulturen von Ruhr, Typhus, und Cholera-Bazillen beschlagnahmt.

Weiters Nordpläne der Reumann und Genossen setzen sich gegen den General v. Seede und den württembergischen Minister Volz gerichtet haben. Es wird behauptet, daß Reumann, Boege, Margies und Egan dem General zweimal ausgeliefert hätten, in der Absicht, ihn niederzuschießen. Da Seede nicht kam, ging Reumann ins Wehrministerium und gab sich dort dem Offizier vom Dienst gegenüber als Berichterstatter einer Berliner Zeitung aus, der sich nach der Lage in Deutschland erkundigen wollte. Reumann erfuhr, daß Seede in Weimar sei und voraussichtlich am nächsten Sonntag normittag 9 Uhr zurückkommen werde. Zur angegebenen Zeit standen Reumann und Egan mit Fahrrädern am Bahnhof Bahnhof bereit. Sie wollten Seede niederstrecken und dann auf den Fahrrädern fliehen. Seede kam jedoch nicht.

Soweit die Angaben, die sich, wie gesagt, auf amtliche Quellen stützen. Sie sind abenteuerlich und phantastisch genug, leider aber

Bei den Wahlen von 1922 erhielten die Sozialdemokraten von insgesamt 100 Mandaten 33, die Kommunisten 27. Jetzt sind 60 sozialdemokratische und 18 kommunistische Abgeordnete gewählt worden. Die Mandate der Arbeiterklasse sind also von 60 auf 78 gestiegen. Aber dieser kleine Verlust wird über und über wettgemacht durch die größere Festigkeit, die die Arbeiterklasse infolge ihrer neuen Zusammenlegung gewonnen hat.

Wohin in Hindenburg haben eine schon früher wahrnehmbare Latsche deutlich zum Vorschein gebracht. Jene Teile der Arbeiterklasse, welche unter kommunistischer Führung standen, sind allmählich der leeren Versprechungen und Prophezeiungen der Kommunisten müde geworden. Sie kehren zur bewährten Taktik der Sozialdemokratie zurück. Die Arbeiterklasse als Ganzes gewinnt eine größere Einmütigkeit und Festigkeit. Es ist daran Bedarf im Kampfe gegen die erstarkende Reaktion.

Kommunisten und 1. Mai.

Ein gefährliches Wagnis.

Wir leben bekanntlich noch immer unter dem kleinen Belagerungszustand. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Reichsinnenminister Dr. Jarres. Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind nicht gestattet.

Die Beamten, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, sind von Amtes wegen verpflichtet, die geltenden Bestimmungen, mögen sie ihnen persönlich gefallen oder nicht, zur Durchführung zu bringen.

Die Freiheit der Straße ist das schönste Symbol einer freien Demokratie. Sie aufrechtzuerhalten ist die Sache des Volkes selbst, und aufrechterhalten werden kann sie nur durch Massendisziplin und gegenseitige Duldung. Wo Demonstrationen zu Gewalttätigkeiten mißbraucht werden, bei denen Menschenleben und Sachgüter in Gefahr geraten, wo sie zu Prügeleien zwischen politischen Gegnern ausarten, da hört die Freiheit der Straße durch die Schuld der Gewalttäter auf.

Die Kommunisten brüllen jetzt, es sei die Schuld der Sozialdemokratie — woran trägt die Sozialdemokratie nicht Schuld? —, daß die Freiheit der Straße für den 1. Mai verlorengegangen sei. Sie schweigen davon, was sie getan haben, um die Freiheit der Straße zu vernichten.

Um von allen Sünden zu schweigen, hat die KPD. eben erst einen Parteitag beschloß gefaßt und veröffentlicht, der die Organisierung des Kampfes mit der Waffe in der Hand, besonders durch die „Organisierung bewaffneter Teilkämpfe“ für die wichtigste Aufgabe der Partei erklärt. Kommunistische Knüppelgardien versuchen an den verschiedensten Orten, sozialdemokratische Wahlversammlungen durch Raub und Gewalt zu sprengen.

Was sollen wir Sozialdemokraten unter solchen Umständen denen antworten, die uns sagen: „Es besteht die Gefahr, daß geschlossen auftretende kommunistische Hügel Gewalttätigkeiten begehen, die sich gegen die Beamten und gegen die andersdenkenden, gleichfalls am 1. Mai demonstrierenden Arbeiter richten. Darum kann das Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel nicht aufgehoben werden!“

Die Kommunisten haben durch ihr böses Treiben der Mehrheit des arbeitenden Volkes, den sozialdemokratischen Arbeitern, die Freiheit der Straße genommen. Wenn sie jetzt gegen das bestehende Verbot protestieren und der Sozialdemokratie die Schuld an ihm geben, so ist das nur eine schamlose Heuchelei.

Wem Anschein noch streben die Kommunisten dahin, am 1. Mai Zusammenstöße zu provozieren, an denen dann natürlich gleichfalls nur die Sozialdemokraten — vor allem Seering und Richter — die „Schuld“ haben werden.

„Sozialdemokraten lassen Arbeiter niederhauen! Sozialdemokraten lassen auf Arbeiter schießen!“ Kann man sich einen

höheren Wahlschrei der letzten Stunde vorstellen als diesen? Und wenn man diesen Wahlschrei haben kann, was kommt es dann auf ein paar Arbeiterleben an? Arbeiterleben sind billig! Wir warnen vor diesem verbrecherischen Spiel! Kein Arbeiter, der auch nur für einen Pfennig Brand im Kopf hat, wird seine Knochen riskieren, um für den zündenden Bruderkampf zwischen Arbeitern und Arbeitern, für ein verlogenes kommunistisches Wahlmanöver neues Material zu liefern.

Haltet die Augen offen! Hütet euch vor Sodapfehl!

Deutschvölkische gegen Nationalsozialisten.

Kampf bis aufs Messer.

Uns geht ein ausgedehnter Schriftwechsel zu, der von neuem bestätigt, daß zwischen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ein Kampf bis aufs Messer ausgefochten wird, bei dem sich die beiden Parteien mit allen Mitteln gegenseitig an die Wand zu drücken versuchen. Ende März erschien ein Sendling Hilters in Magdeburg mit dem Auftrag, in Magdeburg und Umgebung die Nationalsozialistische Arbeiterpartei aufzulösen und die Deutschvölkische Freiheitspartei zu erteidigen. Der neue Mann hieß Reubauer und sorgte zunächst einmal dafür, daß die beiden Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Magdeburg, Brunt und Heinch, festgesetzt wurden. Gegen Wulle und einen deutschvölkischen Kandidaten Namens Weber schied erhob er beratend schwere Anschuldigungen, daß die ganze deutschvölkische Sippschaft in Magdeburg durcheinander geriet und eine Deputation zu Graefe sandte. Mit wie großem Erfolge Reubauer arbeitete, geht aus einem Schreiben seines deutschvölkischen Konkurrenten Heimann vom 29. März hervor, in dem es heißt:

„Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß Herr R. vor 14 Tagen in München war, sich dort einen „Gewerbeschein“ hat ausstellen lassen, daß er für Magdeburg und Umgebung die Großdeutschen organisieren soll. Umgebung ist ein sehr dehnbarer Begriff und reicht für R. sicher mindestens bis einschließlich Anhalt. Er wird sich den Nationalsozialisten genau so als Landesvorsitzender ausdrängen, wie er uns sich aufgebracht hat. In dieser seiner angeblichen Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes nimmt er morgen auch erst an der gemeinsamen Führerversammlung in Berlin, Landbühnhaus, Dessauer Straße, teil. Hierauf und auf den „Gewerbeschein“ möchte ich Sie besonders hinweisen.“

Reubauer seinerseits gibt sich den Anschein, als sei nicht er, sondern die Leitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei der Sündenbock. Er belagert sich in einem Schreiben an seine Parteileitung vom 11. April darüber, daß die deutschvölkischen Führer Magdeburgs, Brunt und Heinch, die von ihm angestrebte Einheitsfront für die Wahlen durchbrochen und ihr Versprechen nicht gehalten hätten. Sie hätten lediglich an die Sonderinteressen der Freiheitspartei und seien schuld daran, wenn die Völkischen in Magdeburg in zwei Gruppen gespalten seien: „Die Freiheitspartei, die Völkische Freiheitsfront“. Weiter besagt er sich darüber, daß seine Einsprüche in Berlin auf unfruchtbareren Boden gefallen seien:

„In Berlin wurden unsere Einwendungen gegen Brunt gar nicht gehört. Es hieß, er sei der Vertreter der Partei und damit erledigt. Ein Kopf Ludendorff, Graefe, Hitler sei nur Tropfagabe. In Berlin sei Reichshauptstadt die KPD, in München die NSDAP. Der völkisch-soziale Bloß ginge sie nichts an. Ein schriftlicher Bericht mit dem Vorsitzenden wurde abgelehnt. Es würde nur mit Herrn Brunt verkehrt. In Sachen Wehrstedt hieß es, die Vorgänge seien geklärt und damit erledigt. Wenn die Stadt Magdeburg sich sperren würde, würde Herr Wulle herüberkommen und den Laden aufschlagen. Das Aufheben der Ortsgruppen von Brunt sei im Auftrage von Berlin erfolgt. Unser Einwand, daß die Nationalsozialisten das auch dann hätten tun müssen, wurde abgelehnt. „Was wollen Sie denn, Sie sind doch verboten?“

Am Sonntag, den 31. März, bei der Vertreterversammlung in Berlin wurde bei der nationalsozialistischen Vorversammlung ebenfalls festgestellt, daß die Freiheitspartei sich mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln auf Kosten der Nationalsozialisten in den Vordergrund gedrängt habe. Auch in Mecklenburg und Thüringen seien die Nationalsozialisten aufs schwerste benachteiligt worden.“

Für die Art, wie die Deutschvölkische Freiheitspartei in Magdeburg gegen die Nationalsozialisten arbeitet, führt Reubauer einige Beispiele an. Der Vorsitzende der Freiheitspartei verbot den völkischen Zeitungsverkäufern, Listen für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei auszuliegen, die dort unter dem Namen Großdeutsche Volksgemeinschaft auftritt. In einem Flugblatt verbreitete er die Nachricht, wer Mitglied der Nationalsozialistischen Partei werden wolle, müsse sich in die Liste der Deutschvölkischen Freiheitspartei eintragen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn Reubauer zu der Ueberzeugung kommt:

„Wir sind auch der Auffassung, daß es kurz über lang zu einem Bruch mit der Freiheitspartei kommen wird und muß, da die ehrliche nationalsozialistische Bewegung durch die Interessenspolitik der Freiheitspartei aufs schwerste geschädigt wird. Der völkische Gedanke hätte viel weitere Volkstreife zusammengefaßt, wenn nicht durch einzelne Führer der Freiheitspartei Spaltungen in die Bewegung getragen würden.“

Wer mit den „einzelnen“ Führern gemeint ist, geht aus dem heftigen Kampf hervor, den die Nationalsozialisten gegen Wulle führen, der augenscheinlich unter allen Umständen kaltgestellt werden soll. Die Rolle, die Graefe in dieser Affäre spielt, bleibt vorläufig ungeklärt.

Im übrigen bringen die Berichte Reubauers insofern eine Ueberraschung, als sie den Ueberricht Knüppel-Kunzes mit seiner Deutschvölkischen Partei zur Hitler-Garde anknüpfen.

So wirbt im deutschvölkischen Lager alles durcheinander, und es geht dort noch schlimmer zu als in Rapps Judenschule.

Der Klerus gegen die Deutschnationalen.

Breslau, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Breslauer fürstbischöfliche Ordinariat erläßt heute in der „Schlesischen Volkszeitung“ des Zentrums eine aufsehenerregende Erklärung, die sich gegen die Kandidatur eines katholischen Pfarrers als deutschnationaler Spitzenkandidat in Oberschlesien wendet. Die Erlaubnis zu dieser Kandidatur hat der deutschnationalen Geistliche weder eingeholt noch erhalten. Der Fürstbischof bedauere die Zersplitterung, die durch die Deutschnationalen in den ober-schlesischen Klerus hineingetragen worden sei. Dem deutschnationalen einwilligen wird aufgegeben, dafür Sorge zu tragen, daß seine Partei sich nirgends auf bischöfliche Autorität berufe, da ihm sonst die Annahme der Wahl verboten werden müßte. Das Auftraten von Geistlichen gegen andere Geistliche im selben Orte sei eine schwere Schädigung der kirchlichen Autorität und müsse unterbleiben.

Stuttgart, 25. April. (Ill.) Bischof Dr. von Keller in Rottenburg hat dem bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Fürst, der katholischer Priester und in seinem Amtsbereich katholischer Lehrer am Gymnasium in Ravensburg ist, die Wiederannahme seiner Kandidatur für die am 4. Mai stattfindende Landtagswahl in Württemberg untersagt. Die Deutschnationalen Partei in Württemberg erklärt dazu, daß sie sich trotzdem nicht veranlaßt sehe, die Kandidatur Fürst zurückzugeben.

Ein Tabakmonopol?

Die von der Epochenkorrespondenz gebrachte Nachricht, Verhandlungen zwischen Regierung und Tabakgewerbe über die Einführung eines Tabakmonopols ständen vor dem Abschluß, ist wie dem Deutschen Handelsdienst von zuständiger Seite mitgeteilt wird, falsch. Das Tabakgewerbe steht in keinerlei Verhandlungen mit der Regierung über ein Tabakmonopol. Es lehnt, und zwar in allen Gruppen des Gewerbes, ohne Ausnahme ein Tabakmonopol in irgendwelcher Form ab. Der Vorschlag der ersten Sachverständigenkommission ist nichts anderes als die Empfehlung eines verschleierten Monopols. Infolgedessen steht das Tabakgewerbe auch diesem Vorschlag einmütig ablehnend gegenüber.

Spielstätten in Rußland. Ein neuer Erlass des italienischen Ministeriums gestattet die Wiedereröffnung von Spielbanken und Spielhäusern, besonders in denjenigen Orten, die mindestens zehn Jahre Kurorte sind und die sich nicht in der Nähe von Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern befinden. Die Spielunternehmungen sind jedoch der Staatskontrolle unterstellt.

Die Venus von Lespugue.

Die Plastik gilt seit langem für die höchste Form der Kunst, und die vorgeschichtlichen Forschungen der neuesten Zeit haben tatsächlich bewiesen, daß in den Anfängen aller künstlerischen Schöpfungen die Skulptur zusammen mit der Umritzzeichnung auftritt. Die Epoche der älteren Steinzeit, das sogenannte Mousterien, ist noch ohne Spuren des Kunstschaffens. Erst im Aurignacien, der mittleren Steinzeit, tritt der Künstler in die Weltgeschichte ein. Während der Mensch der älteren Steinzeit, der Reanderier, noch ohne jeden Schmuck und Jlerde des Daseins den notwendigsten Lebenskampf führte, erscheint in der mittleren Steinzeit ein anderer höherer Mensch, der sich schon mit Ketten und Rüschen schmückt und das Bedürfnis des Schmucks und Geschmacks in sich trägt. Nun taucht auch das Werkzeug des Künstlers auf: neben dem großen Faustkeil findet sich der kleine Grobstein, finden sich Kadeln und Meißel. Die ältesten Skulpturen, die wir besitzen, behandelt der Geschichtsschreiber der permianen Kunst Herbert Kühn in einem Aufsatz der Kunstzeitschrift „Der Cicero“, in dem er auf einen erst vor kurzen gemachten hervorragenden neuen Fund hinweist. Die Skulptur, besonders die der menschlichen Gestalt, tritt am häufigsten im Anfang aller Kunst auf. In den späteren Epochen finden sich sehr viel weniger Plastiken, und in dem Magdalenien, dem die vollständigsten jenseitigen Wandmalereien angehören, hat man nur vier menschliche Skulpturen gefunden.

Der Hauptgegenstand dieser frühesten Plastik ist das Weib, und eine Frauendarstellung ist auch die neue Skulptur, die in der Höhle Vindaur bei dem Ort Lespugue in der Dordogne aufgefunden wurde; es ist die schönste aller bisher gefundenen Figuren. Die Figur ist aus einem Stück eines Mammutknochen gearbeitet; das Material war so zerbrechlich, daß es durch den Spaltenbruch, bei dem man auf die Figur hieß, zerbrochen wurde. Das Bildwerk, das mehrere Tausende von Jahren unberührt in der Erde gelegen, mißt 14,7 Zentimeter Höhe, 6 Zentimeter Breite und an größter Stelle etwa 3,6 Zentimeter. Der Kopf ist eiförmig. Kein Zug des Gesichts ist dargestellt. Der Leib zeigt ein deutliches Gefühl für Rhythmus; doch sind besonders stark die Brüste und das Gesäß betont. Sehr interessant ist die Anordnung der Haare durch parallele Striche, die fast den ganzen Kopf bedecken und im Rücken fast bis ans Schulterblatt reichen. Auch ein Gewand ist in eigenartiger Weise angedeutet, wobei es sich wohl um einen aus geflochtenen Streifen bestehenden Schurz handelt.

Unter den ältesten Bildwerken gibt es eine ganze Reihe ähnlicher weiblicher Gestalten, die alle sehr fleischig und stark sind, während die Figuren des Magdalenien schmal und zart erscheinen. Diese weiblichen Darstellungen verschwinden in der späteren Steinzeit, und die Fragen nach der Ursache dieses Verschwindens und nach dem Sinn dieser Figuren rühren an die wichtigsten Fragen der Kunstgeschichte, die sich mit der Entstehung der Kunst überhaupt beschäftigen. Nach ständiger Anschauung hat diese Kunst der mittleren Steinzeit keinen mythischen oder magischen Ursprung. „So wie ihre Formensprache ganz diesseits gewandt, ganz erdgebunden ist“, schreibt er, „so ist es auch der Geist, aus dem sie erwuchs. Der Mensch, der diese Kunst

schuf, war ein Jäger, ein Sammler von Pflanzen und tierischer Nahrung. Er kannte nicht den Ackerbau, nicht die Viehzucht, nicht die Töpferei, nicht die Sechshöflichkeit. Seine Kunst erstreckte den Augenblick, das Momentane, das Völkische. Eine solche Kunst ist nie hergestellt aus einer weitabgewandten, mythischen Zeit — eine solche Kunst ist verbunden und verbunden mit laufend lebenden bewussten Leben — ist das Leben selbst. Aus der Art der Totenbeibehaltung ergibt sich, daß der Mensch dieser Zeit anscheinend noch nicht den Gedanken des Fortlebens der Seele nach dem Tode kannte, der Tote lebte ihm wirklich fort als lebender, als lebendiger Toter.“ Diese weiblichen Gestalten können dennoch keine Göttergestalten sein, sondern es sind Darstellungen des Weibes als der Schöpferin des Lebens, verbunden vielleicht mit Scheu vor der Mutter. Nicht eine Frau, nicht irgendein Weib wird hier abgebildet, sondern es ist die Frau, das Weib — vielleicht die Mutter.

Jehners Wedekind.

Jetzt, am Ende der Saison, bringt Leopold Jehner so ganz nebenher „König Ricolò“ von Front Webedind in einer Form heraus, die uns diese Königstragödie zu einem Erlebnis werden läßt. Die gestrige Aufführung im Schiller-Theater ist eins von den wenigen künstlerischen Ereignissen dieses Theaterwinters. In der Reibung des spröden dramatischen Stoffes erweckt sie frohes Bedenken an die grandiose szenische Gestaltung von Effigs „Herberkeuf“.

„König Ricolò“ gehört nicht zum eisernen Bestand des deutschen Theaters, weil die Tragödie, rund heraus gesagt, an das Auffassungsvermögen des Regisseurs und des Publikums höhere Anforderungen stellt als „Erdegeist“ und „Frühlingserwachen“. Durch das Brausen der Revolution um Thron gesetzt, tritt König Ricolò hungernd mit seiner Tochter durch das Land, will sich als tragischer Schauspieler verdienen und spielt sich, den König, in einer erschütternden Szene. Der Theaterbesitzer und das fahrende Volk ringum lassen sich halbtoll. Ricolò vermag nicht, von der wahrhaften Tragik seines Schicksals zu überzeugen. Sie halten die Darstellung seiner Seequal für bezwingende Komik. So ist das Leben. Und schließlich endet Ricolò als Hofnar an den Stufen des Thrones, auf dem er selbst einst gesessen. Kein Mensch kann seinem Schicksal entgehen. So ist das Leben.

Jenseits von dramaturgischen Regeln zieht die Tragödie in neun schillerbunten Bildern vorüber. Webedinds Lust am Gaudespiel, der göttliche Glanz der Grotte spiegelt auch in diesem Werk. Ein genaues Szenarium hat Webedind seinem Manuskript beigegeben. Die Ausstattung muß sich durchaus auf das absolute Notwendige beschränken.“ schreibt er. Leopold Jehner hat sich mit der Bewegtheit des Künstlers nicht an die Annäherung gehalten. Er läßt die neun Bilder in einen Rahmen von lauem, lustigem Jahrmarktsummel. Beim der Vorhang hochgeht, eridet das Gesärm von Pauken und das Dibelium des Feiertags, die ganze Bühne dreht sich als ein Riesentanz auf Reispferden, Dreßel und bunten Campiens. Gegenwartsentrückt genießen wir die Tragödie, die zu grotesk für ein Trauerspiel und zu gedantentief für eine Fabel ist, als tragische Harlekinade. Eine Augenweide mit ernstem Hintergrund. Jehner

hat wieder seinen hohen Sinn für die Freude an der Musik, für das Wesen des Theatralischen bewiesen.

Den König Ricolò gab mit der gemachten Einsetzung der ganzen Person, der Seele, Alexander Granach. Das Sprunghafte seiner Bewegungen, die Kraft seiner Mimik reißt mit künstlerischer Trägheit aus der Reinsten Szene. Doch er über nicht wie Jehner den Bedenklichen Stil in seiner letzten Vollendung getroffen hat, bemerkt seine Probedarstellung vor dem Theaterbesitzer. Der tragisch gemeinte Ernst wirkt echt und macht die Nachlust seiner Zuhörer, die ein Polke zu sehen meinen, nicht glaubhaft. Die Tochter spielte Lucke Rannheim mit der ganzen Frische ihrer Jugend und der Schönheit ihres graziösen Körpers. Aber auch hier fehlt die letzte spielerische Annuit. Die Rolle möchte ich einmal von Elisabeth Bergner verdrängt sehen. Wie im Staatsoper üblich, war auch die kleinste Rolle mit sicherem Takt besetzt. Aus der Fülle der prächtigen Leistungen sei nur Mag. Schred hervorgehoben, der als gelangweilter, geschäftsmäßiger Gerichtsvorstand eine eindrucksvolle Typologie schuf. Ernst Degner.

Das Ende des Jes. Die türkische Regierung läßt es sich an gelegen sein, mit allem aufzuräumen, was an die alte Zeit und das alte Regime erinnern könnte. Jetzt hat man auch den Jes abgeschafft, die im Orient übliche Kopfbedeckung aus Wolle, die seit Sultan Mahmud statt des Turbans als Kopfbedeckung für die Staatsbeamten vorgegeben und selbst beim Heer eingekehrt war. Eine amtliche Verfügung hat den Jes zunächst im Irak beseitigt und ihn durch den Sidra ersetzt, eine Art Rührmütze, die ungleich bequemer und auch obendrein billiger als der Jes ist. Der Sidra ist auch für die Armee von Irak zur Einführung gelangt. Der Kalpa, die aus Ungarn kommende Pelzmütze, wird dagegen von den türkischen Nationalisten als auszeichnende Kopfbedeckung weitergetragen.

Erkautführungen der Woche. Dienst. Theater am Kurfürstendamm: „Der Schöndröck“. Posa. Komödienhaus: „Kad“. Samstags: „Die Komödie der Worte“. Freit. Deutsches Theater: „Caraculus“. Sonnab. Hoftheater: „Das Liebesverbot“.

Monta-Vorläge. Theater. Sonntag: „Hollereit“. 4/1: „Von Hamburg nach Rom“. 6/1: „Mit Berlin“. 6/2: „Loben. Unter den Nachbarn des Reichs“. 7/1: „Von Hamburg nach Rom“. 7/2: „Stablo im Dienste des Kates und Naturforscher“. 8/1: „Stablo“. 8/2: „Stablo“. 7/3: „Stablo“. 8/3: „Stablo“. 8/4: „Stablo“. 8/5: „Stablo“. 8/6: „Stablo“. 8/7: „Stablo“. 8/8: „Stablo“. 8/9: „Stablo“. 8/10: „Stablo“. 8/11: „Stablo“. 8/12: „Stablo“. 8/13: „Stablo“. 8/14: „Stablo“. 8/15: „Stablo“. 8/16: „Stablo“. 8/17: „Stablo“. 8/18: „Stablo“. 8/19: „Stablo“. 8/20: „Stablo“. 8/21: „Stablo“. 8/22: „Stablo“. 8/23: „Stablo“. 8/24: „Stablo“. 8/25: „Stablo“. 8/26: „Stablo“. 8/27: „Stablo“. 8/28: „Stablo“. 8/29: „Stablo“. 8/30: „Stablo“. 8/31: „Stablo“.

Das Chor- und Ballettensemble der Berliner Staatsoper, das sich nach im Streit befindet, veranstaltet am Sonntag, d. 27. d. Mt., einen Abend in der Neuen Welt, Gelsenb. Zur Aufführung gelangen Opernabende, sowie alte und neue Konz. Musikalische Leitung: Kapellmeister Clemens Schmalz. Ballettleitung: Baron Kollon. Eintrittskarten zu 1,50 und 1 Mk.

Brandenstein am Schandstein.

Von völkischen Speeren durchbohrt.

Nach ob er sich wendet und ob er sich dreht —, der Herr Brandenstein, Exzellenz zu Weidenburg-Schwerin wird von seinen völkischen Bundes- und Kampfgesellen in einer Weise gewinkt und gewinkt, daß ihm angst und bange wird. Zum ersten Male ist da ein leidenschaftiger deutschnationaler Ministerpräsident eines Freistaates — an sich schon für ihn ein schrecklicher Gedanke! — und er kann es nur sein, weil die Völkischen ihn wählten und solange sie ihn halten!

Seine erste Regierungsbildung war der Hinauswurf republikanischer Beamter. Seine zweite die Zustimmung zum Sachverständigenrat. Die erste fand völkische Billigung, die zweite aber wird möglichst rasch mit dem Hinauswurf Brandensteins enden. Denn er ist der Erfüllungsbefehl des Völkischen, und das wird ihm nicht verziehen. Tollfährig muß er sich deshalb von den Völkischen seine Sünden vorlesen lassen. Nachdem sie ihn brieflich um eine klare Antwort auf ihre Fragen ersucht haben, braucht er wieder eine Zuschrift. Er schreibt ihnen:

Schwerin, den 23. April 1924.

Herrn Gutsbesitzer Hauptmann a. D. Boertens

Neuhof.

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Briefes vom 18. d. M. Nachdem ich Gelegenheit hatte, Sie kürzlich in einer mündlichen Besprechung über meine Stellungnahme in der Konferenz der Ministerpräsidenten am 14. d. zu unterrichten und Sie mir bei dieser Gelegenheit Einwendungen gegen diese Stellungnahme nicht gemacht haben, ich vielmehr den Eindruck (!) Ihrer Zustimmung (!) hatte, bedauere ich es, die Ihnen in dieser vertraulichen Besprechung gegebenen Erklärungen schriftlich nicht wiederholen zu können, da ich damit rechnen muß, daß meine Ihnen nur vertraulich zu machenden Mitteilungen ebenso wie Ihre an mich gerichtete Briefe in der Presse veröffentlicht werden. (!) Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Ihrer Hochachtungsvoll
Fehr. v. Brandenstein.

Die Berufung auf die Geheimdiplomatie genügt aber den völkischen Kampfgesellen nicht. Sie stellen entrüstet fest:

Der verantwortliche Staatsminister von Weidenburg-Schwerin, der deutschnationalen Führer und Leiter des Landvolkes Weidenburg-Schwerin, hat sich als nicht fähig genug erwiesen, die „Sachverständigen“-Erpressung abzulehnen.

Exz. Brandenstein führt anheimelnd seine Politik auf den Weg der „vertraulichen“ Geheimkabinettsdiskussion, die das anmaßlich doch „soveräne“ Volk vernachlässigt.

Der Ministerpräsident verweigert seinen Wählern und der gesamten mecklenburgischen Bevölkerung die klare offene Darstellung der Wirklichkeit.

Nun ist zwar die völkische Stellungnahme zum Sachverständigenrat absoluter Unfuss. Aber den gleichen Unfuss begehen die Deutschnationalen, die gegen andere Erfüller mit derselben Demagogie arbeiten, wie die Völkischen gegen sie selbst. Wenn daher Brandenstein am völkischen Schandstein steht, so hat er das seinen deutschnationalen Gesinnungsgenossen zu danken, die ihn in solche Verlegenheit brachten.

Gegen die Soldatenspielererei.

Paris, 23. April. (Eca.) Wie der Korrespondent der „Egypht-Korrespondenz“ zuverlässig erzählt, wurde heute in Berlin eine gemeinsame Note der Völkischer der „Allierten“ überreicht, die auf Grund der Verhandlungen der Völkischerkonferenz bei der deutschen Regierung gegen die Tätigkeit der Geheimverbände in dem besetzten Gebiet protestiert und die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen verlangt. (Wie wir an zuverlässiger Stelle erfahren, ist bis zur Stunde ein solcher Schritt der Ententvertreter in Berlin nicht erfolgt. Red. d. „B.“)

Der Streit um die Militärkontrolle.

London, 26. April. (W.B.) Neuer erzählt aus zuverlässiger Quelle zu der Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland, es werde erwartet, daß der britische Vertreter in der Völkischerkonferenz einen Vorschlag unterbreiten werde, der dahin gehe, daß nur eine vorläufige Antwort auf die letzte deutsche Mitteilung über diese Frage erteilt werden solle. Nach Ablauf der deutschen Wahlen werde diese Antwort durch eine umfassendere Note ergänzt werden.

Paris, 25. April. (W.B.) Ministerpräsident Poincaré hatte gestern Abend eine Unterredung mit dem englischen Völkischer. „Beil Parisien“ glaubt zu wissen, daß über die internationalisierte Militärkontrolle gesprochen worden sei. „Echo de Paris“ nimmt an, daß auch die Sachverständigenberichte der Gegenstand der Besprechungen waren.

Anzufriedene Liberale.

London, 26. April. (E.U.) Bei der letzten Fraktions Sitzung der Liberalen in Unterhaus war der Kapitän Guesst als Sprecher der mit dem gegenwärtigen liberal-sozialistischen Bündnis unzufriedenen Gruppe aufgetreten. Er hat nunmehr einen Brief an den Führer der Liberalen, Asquith, gerichtet, worin er sagt, daß die Liberalen sich verpflichtet halten, angesichts der gegenwärtigen Umstände mit der konservativen Partei zusammenzugehen, um die sozialistischen Pläne zu vereiteln und sie daran zu verhindern, einen günstigen Wahltermin zu bestimmen.

Vor einem Vorkopf der Konservativen.

Saut „Daily Express“ hätten auch die konservativen Führer beschlossen, eine Umstellung der konservativen Politik vorzunehmen. Der Sozialismus solle angegriffen werden. Im Unterhaus solle eine energische Führung an den Tag gesetzt werden und in den Wahlkreisen solle ein neuer konservativer Appell erfolgen.

Staute am Effektenmarkt.

Der Effektenmarkt von Büro zu Büro am heutigen Morgenbelag war äußerst geringfügig und die genannten Kurse liegen teilweise unter den gestrigen Schlusskursen. Dies trifft namentlich für den Rentenmarkt zu. Hier hatte sich im Laufe des gestrigen Nachmittags eine Belebung gezeigt, die aber in den letzten Abendstunden einer neuen Verunsicherung platzmachte. Dieser erneute Rückgang wird allgemein größeren Abgaben von Großbanken zugeschrieben. Diese Verkäufe folgten sich auch in den heutigen Vormittagsstunden weiter fort und namentlich in den Börsen-Vergangenheiten war ein äußerst starkes Angebot zu verzeichnen. Im übrigen hält man in Bankkreisen weiter zurück, da die Unsicherheit und das Misstrauen gegen einzelne in Verdacht von Zahlungsschwierigkeiten stehende Firmen noch immer auf dem Markt lastet.

Auch der Geldmarkt bleibt immer noch knapp. Der Satz für tägliches Geld stellte sich heute täglich auf 2 Prozente. Der Devisenmarkt weist auch heute eine kleinere Entlastung auf. Im Ullanhandel wird in Uebereinstimmung mit der Kursgestaltung auf den internationalen Märkten der Frank etwas niedriger, und zwar mit 68 1/2, im Tausch gegen London gehandelt.

Sofort auf die Strafe.

Das Mietgericht Reutköhn verhandelte kürzlich unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrates Dr. Hecht in einer Aufhebungsinstanz, deren Entwicklung und Ausgang für alle Mietervereinigungen von großem Interesse ist. Wohl zum ersten Male hat ein Hauswirt, der Oberpostsekretär Rohs in Baumhulsenweg, gegen einen Mieterobmann die Räumungsfrage angestrengt.

In der Klage wird zugestanden, daß der noch im Amte befindliche Hauswirt ein schwer nervöser und herleidender Mann ist und bis zu der Klage sogar mit seiner Familie in starkem Unfrieden lebte. Die Ehefrau klagte allenfalls über häufige Mißhandlungen und äußerte zu Zeiten: „Auch bei den Mietern ist nur mein Mann der Unruhestifter.“ Bis zum Herbst 1923 ging alles ganz gut, weil M., der das Haus erst vor zwei Jahren kaufte, gar nicht bei seiner Familie politisch gemeldet war und sich hier nur tageweise aufhielt. Der Obmann, Kaufmann Walter Winder, daß der Ehefrau des Hauswirtes ein Jahr lang bei der Hausverwaltung und ließ ihr aus Eigenem wiederholt größere Summen. Der Streit mit M. entstand dann hauptsächlich wegen der Feuer- und Treppenbeleuchtung. Rebenher ließ eine Unmenge von Hausant, wie er selber in den meisten Großstadtquartieren üblich ist. In der Beleuchtungsfrage hatte der Obmann sich anfangs von einem Rechtsanwalt leiten lassen, was zu dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, sich in die Rechte des Hauswirtes nicht einzumischen, führte. Der Obmann gab den Fehler zu und versprach Juridiktation. Nach Ausdeutung des geradezu fürchterlichen Stants blieb für die Beweisaufnahme im wesentlichen nur übrig eine Anfrage des Obmanns beim Finanzamt, ob der Hauswirt für gewisse geschäftliche Transaktionen die Umsatzsteuer gezahlt habe, zwei anonyme Denunziationen bei der Oberpostdirektion und beim Postamt SO. 26 sowie ein dem Hauswirt in die Hände gespielter, an die Mutter gerichteter Brief des Obmanns, der allerdings sehr unvorsichtige und beleidigende Wendungen enthält. Während der Klage hat die gesamte Mietervertretung ihr Amt niedergelegt, weil sie es für unmöglich hält, mit einem so nervösen Hauswirt zusammen zu arbeiten. In der Verhandlung am 24. April war der Obmann sofort bereit, den ihm zugesprochenen Eid zu leisten, daß er an den anonymen Denunziationen völlig unbeteiligt sei. Das Finanzamt übersprach die grundsätzliche abgelehnt, die eingeforderten Steueraktien dem Gericht zu überweisen. Rechtsanwalt Dr. Haendel führte eindringlich aus, daß es das gute Recht jeden Staatsbürgers sei, Anfragen an die Steuerbehörden zu richten und sogar Anzeigen zu erstatten. Man dürfe die verschiedenen Fehler des Obmanns nicht einzeln beurteilen, müsse auf die Entstehungswahrscheinlichkeit, auf den schweren Krankheitszustand des Hauswirtes und auf seine vielen Propagationen zurückgehen. Auch der bestehende Räumungsbescheid an die Mieter sei nur aus dem nicht durch die Schuld des Obmanns angesammelten Müllstoff herausgewaschen.

Das Mietgericht verurteilte den Obmann zur Räumung der Wohnung, und zwar merkwürdigerweise rückwirkend zum 31. März 1924. Der Antrag auf Anweisung einer Ersatzwohnung wurde abgelehnt. Selbstverständlich ist sofort Berufung beim Landgericht eingelegt worden. In solchen Urteilen liegt nicht der Geist der Vermittlung und Verschönerung, der unbillige Härten vermeiden soll. Wohin sollen denn die vielen Räumungsbescheide des Reutköhner Mietgerichtes, die in der Bevölkerung große Beunruhigung hervorrufen, noch führen? Schnelles Eingreifen des Justizministers ist dringend erforderlich.

Der Rundsunk im Wahlkampf.

Wie zwischen den Parteien vereinbart, wird über den Rundsunkfender der Reichstelegraphenverwaltung im Bog-Haus an den Tagen vor der Wahl jeder der nachstehenden Reichstagsparteien einmal zu Worte kommen, und zwar werden am Dienstag, den 29. April, um 7.30 Uhr für das Zentrum der Reichstagspartei Dr. Warg; Mittwoch, den 30. April, um 7.30 Uhr für die Deutschnationalen Volkspartei Graf v. Westarp; Donnerstag, den 1. Mai, um 7.30 Uhr für die Sozialdemokratische Partei Dr. Breitscheid; Freitag, den 2. Mai, um 7.30 Uhr für die Deutsche Volkspartei der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann; Sonnabend, den 3. Mai, um 7.30 Uhr für die Demokratische Partei Reichsminister a. D. Dr. Rath sprechen.

Gefahr jugendlicher Brandstifter.

In Riechershönhausen und Pankow haben in der letzten Zeit mehrere Brände die Feuerwehr beschäftigt. Die auf Brandstiftung zurückgeführt wurden, u. a. brannte es in der Blankenburger Straße 2, Blankenburger Straße 7, Schulstraße 124 und in der letzten Nacht in der dortigen Schloßgärtnerei. Der Kriminalpolizei gelang es nicht die Brandstifter zu ermitteln, obwohl die Bevölkerung sich schon seit Wochen beunruhigt. Gestern Abend gelang es nun der Feuerwehr, einen der Brandstifter, einen 15jährigen Jungen aus dem Ort, auf frischer Tat zu ergreifen, während zwei andere Burschen entwichen. Die Bengels halten oberwärts eine Scheune der Schloßgärtnerei angezündet und waren abermals entkommen, wenn der 15jährige Brandstifter namens B. Beder sich nicht vertragen hätte durch seine Freunde beim Anrücken der Feuerwehr, der es gelang, die Frauenn bald zu löschen, so daß kein größerer Schaden entstanden sein soll. Der Bursche gelang ein, diese und andere Brandstiftungen mit seinen Freunden verübt zu haben. — Vielleicht hat die Bunde noch mehr auf dem Kerbholz.

Kongress der Ärzte des Arbeiter-Samariter-Bundes.

In Offenach fand der 1. Kongress der im Arbeiter-Samariter-Bund tätigen Ärzte statt. Am Vorabend waren die Ärzte (etwa 150) Gäste der Arbeiter-Samariter-Kolonnen Offenach. Am Kongressabend begrüßte der Bundesvorsitzende Genosse Kerschmer-Emmich die aus allen Teilen Deutschlands delegierten Ärzte mit herzlichem Worten unter dem Hinweis, daß jetzt in Deutschland mehr als 30 000 Arbeiter-Samariter in etwa 600 Kolonnen zusammengefaßt seien. Die Notwendigkeit dieser Lagung sei schon durch das zahlreiche Erscheinen der Ärzte bewiesen. Darauf sprachen Dr. Kerschmer-Emmich über „Die Beziehungen zwischen Arzt, Samariter und Volk“, Dr. Reisinger-Charlottenburg über „Die rechtliche Stellung des Arztes“, Samariter-Bundes und seiner Ärzte zur Allgemeinheit, zu den Behörden und ärztlichen Standesvereinen“, Dr. Kerschmer-Emmich über „Die sozialhygienischen Aufgaben der Samariter-Kolonnen“ und Dr. Kerschmer-Emmich über den „Zusammenhang der im Arbeiter-Samariter-Bund tätigen Ärzte“. Die anschließende Diskussion zeigte die fast vollständige Einmütigkeit über den weiteren Ausbau des Bundes und der Kolonnen zum Besten der arbeitenden Bevölkerung. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen. „Die am 20. April 1924 in Offenach versammelten Ärzte des Arbeiter-Samariter-Bundes schließen eine Arbeitsgemeinschaft, die außer einflussreicher Samariterausbildung bezweckt, in allen wichtigen Fragen der Hygiene und der sozialen Gefehgebung, in Übereinstimmung mit der wertvollen Bevölkerung zu sein. Die Verammlten erblicken das Wohl des Volkes nicht in einem Abbau, sondern in einem Aufbau der sozialen Gefehgebung.“ Danach nahm man eine weitere Entschließung einstimmig an, die Bezug hat auf verschiedene Ärztevereine. Es kommt vornehmlich vor, daß Ärztevereine gegen Ärzte, die Arbeiter-Samariter ausbilden, durch Beschlüsse vorgehen, ja, sogar den betreffenden Arzt gesellschaftlich boykottieren. Gegen diese ganz und gar ungesetzmäßige Maßnahme wurde aufs schärfste protestiert.

Unsere Wählerveranstaltungen.

Je mehr der Wahlkampf sich dem Ende nähert, um so stärker sind die sozialdemokratischen Versammlungen besucht, um so siegesgewisser ist die Stimmung. Das trat gestern Abend so recht in die Erscheinung in der Versammlung Schmaragdort. In dem nur kleinen Vorort Schmaragdort waren die Besucher der Versammlung in Massen erschienen. In der Versammlung sah man viele Bürgerliche, die mit gespanntester Aufmerksamkeit dem Genossen Zuhäuser zuhörten, der sie darüber aufklärte, daß nur die Sozialdemokraten die wahren Freunde der arbeitenden Bevölkerung und die Beschützer der Republik sind. Die zwei Kommunisten, die in der Diskussion sprachen, konnten irgendwelchen Eindruck nicht erzielen. — In Friedenau hatte Genosse Lüdemann das Referat „Der Struktur der Friedenauer Bevölkerung entsprechend war die Versammlung in der Hauptsache von Bürgerlichen aller Parteirichtungen besucht. In seinen trefflichen Ausführungen verstand es Genosse Lüdemann, die Zuhörer bald in seinen Bann zu ziehen. Einzelne deutschnationalen Zwischenrufe sorgte er so vornehmlich ab, daß auch sie bald verstummten. — In Zehlendorf sprachen die Genossen Rinna Todeshagen und Franz Künster. Genosse Künster geisterte die völkische Methode der Völkischen. Nicht wenig Verblüffung erweckte er bei den Nationalen, als er einwandfrei nachwies, daß Todeshagen jüdisches Blut in den Adern hat, daß Graf Reventlow mit einer Stockangst verheiratet ist und daß Völkische deutschnationaler mit dem Tode bedrohen. Aus Ausführungen des Generals Deimling bewies Genosse Künster, daß Frankreich heute bereits 4000 Flugzeuge mobil machen könne und daß es von der Flugzeugfabrik Mag aus Berlin mit Bomben besogen könne. Genossin Todeshagen wandte sich an die Frauen. Die Frau, vor die Entscheidung ob Tod oder Leben gestellt, werde nur das Leben wählen, weil sie die Trägerin und Erhalterin des Lebens ist. Es widerspreche also ihrem eigenen Wesen, für eine Partei zu stimmen, die neuen Krieg, neuen Bürgerkrieg und damit unangesehene blutige Gräueltat wünsche. — Auch die anderen sozialdemokratischen Wählerveranstaltungen fanden in Vororten statt und waren sehr gut besucht. In Spandau, Schöneberg, Johannisthal, Steglitz und Riechershönhausen, wo die Genossen Warrer Francke, Anna Geier, Dr. Böhmstein, Dr. Rosen und Zubeil sprachen, war der Beifall, den unsere Redner ernteten, groß.

In einer überfüllten öffentlichen Wählerinnenversammlung im Prenzlauer Berg erinnerte Genossin Bohm-Schuch an die begeisterten Kämpfe der Sozialdemokratie für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Referentin schilderte dann die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiet der Wohlfahrt. In der Diskussion las eine kommunistische Rednerin unter stürmischer Heiterkeit der Versammlung ihre Rede vor. Als eine von unseren Genossinnen sprach, leitete eine Unruhe ein, die schließlich in eine Schlägerei ausartete. Unser gut organisierter Sozialklub mußte eingreifen und einige jugendliche Kommunisten und eine mit Händen und Füßen um sich lösende Frau um die frische Luft befördern.

Schlägerei auf einem Untergrundbahnhof. In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr gerieten auf dem Senefelder Platz der Kaufmann Kurt Kunde und der Student Friedrich Benz mit mehreren Passanten aus noch nicht geklärt Veranlassung in eine Schlägerei, in deren Verlauf Kunde in der Bedrängnis eine Pistole zog und einen Schuß abfeuerte, der jedoch niemanden verletzte. Darauf stürmten die Gegner, durch die Schiere auf's äußerste erregt, auf Kunde und Benz ein, so daß diese auf dem Untergrundbahnhof Senefelder Platz Zuflucht suchten. Hier wurde die Schlägerei fortgesetzt, bis das von dem Bahnhofsvorsteher alarmierte Ueberfallkommando Nord auf der Bildfläche erschien. Drei der Haupttäter — als solche bezeichnet sie der amtliche Bericht — der Arbeiter Ernst Ritter, der Arbeiter Willi Roskow und der Schlosser Hermann Wege — wurden von der Polizei festgenommen und nach ihrer Vernehmung auf dem 72. Polizeirevier wieder entlassen. Kunde hatte mehrere Verletzungen am Kopf davongetragen, die er sich auf der nächsten Rettungsstelle verbinden ließ.

Die erste öffentliche Jungvolkerversammlung fand am gestrigen Abend im Reichsberger Hof statt. In einleitenden Worten wies der Redner, Genosse Max Westphal darauf hin, daß bei dieser Wahl nicht weniger als 23 Parteien eine Stimmzettel aufgestellt haben — ein trauriges Zeichen für die politische Reife des deutschen Volkes. Wir als Jugend haben ein Interesse daran, ein arbeitsfähiges Parlament zu schaffen, können das aber nur tun, wenn wir die Parteien splitter unbeeinträchtigt lassen. Heute sind wieder die Leute am Werke, die 1918 nicht tief genug ins Maulschloß kriechen konnten, und haben den Mut, sich als Vaterlandsretter hinzustellen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Jugend aufzuklären und ihr zu zeigen, daß die Sozialdemokratie die Partei ist, die am besten die Rechte der Jugend zu vertreten weiß.

46. Abteilung. Treffpunkt zur Flugblattverteilung Leut. Sonnabend abend 6 Uhr Quorstraße 45 und Sonntag früh 9 Uhr ebenda.

Die Ueberlebenden von Bellinzona.

Trauerfeier für Helfferich.

Von den deutschen Verwandten in Bellinzona gibt noch der Zustand des Kaufmanns Otto Lange aus Bremen und des Kaufmanns Otto Bruhl aus Wien zu Befürchtungen Anlaß. Von der Familie Hoffmann sind zwei Personen schwer verletzt. Die übrigen Mitglieder dieser Familie sind heute in ihre Heimat abgereist. Zwei weitere Opfer sind inzwischen identifiziert worden, ein Mailänder Kaufmann Danci und ein Herr Siegfried (der Name ist wahrscheinlich verstümmelt). Berlin, Koeblerstr. 40 (?). Die bisher noch nicht identifizierten Leichen werden nach Zürich überführt, wo ihre Identifizierung auf Grund von vorliegenden und noch eingehenden Anfragen stattfinden soll. Die Schweizer Presse bringt ausführliche Schilderungen von Augenzeugen des Unfalls, aus denen hervorgeht, daß außer dem belgischen Wagen, dessen Geschwulst explodierte, und einem ihm folgenden italienischen Wagen, der ebenfalls vollständig verbrannt ist, die übrigen Personenwagen fast völlig intakt geblieben sind. Die beiden ersten Wagen haben den Sturz in der Hauptsache aufgefangen.

Bei der gestrigen Trauerfeierlichkeit zu Ehren der Opfer der Eisenbahnkatastrophe hielten u. a. Anreden der Bürgermeister von Bellinzona und der deutsche Generalkonsul in Lugano, Franken. Der Bürgermeister gedachte besonders Helfferichs als eines großen Vaterlandsfreundes, und der deutsche Konsul verließ der tiefen Bezeugung und dem allgemeinen Mitgefühl, das keine Landesgrenze kennt, Ausdruck. Die Särge Helfferichs und seiner Witze wurden heute nachmittag nach Zürich geführt und sollen von dort nach Mannheim gebracht werden, wo voraussichtlich Mitte nächster Woche die Einäscherung stattfinden. Bundesrat Haab und der Generaldirektor der Schweizerischen Bundesbahnen machten der Familie Helfferich ebenfalls Beileidsbesuche. Die Haltung der Tessiner Bevölkerung war während der ganzen eindrucksvollen Trauerfeier und der Ueberführung der Leichen vom Kantonhaus zur Reihengrube und dann zum Bahnhof eine äußerst würdige. Ganz Bellinzona nahm an der Trauer der Hinterbliebenen teil, denen zahlreiche rührende Beweise des Mitgeföhls dargebracht wurden.

Von Stule zu Stule. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, ist der Anführer des Ueberfalls auf die Grube Treue bei Wessdorf, wobei 130 000 Mark Jahrgelder gestohlen wurden, der aus der Strafanstalt in Wolfenbüttel hurlaubte Kommunist und Postreuber Ludwig Kusch aus Braunschweig.

Wetter für morgen.

Better für Berlin und Umgebung. Mildes, unbeständiges Better, mit föhlichen Winden.
Better für Deutschland. Im Südbereich noch vorwiegend betteres, frodes Better. Im Nordbereich ziemlich trübe und reichliche Regen. Ueberall mild und nur im Nordosten noch kühl.

Gewerkschaftsbewegung

Volkentscheid und Achtstundentag.

Die Kommunisten sind bekanntlich Feinde der Demokratie und somit des Parlaments. Es ist nun in der Sprache der Kommunisten zu reden, nichts weiter als ein „Arbeiterbezug“, wenn die SPD. trotz dem kommunistischen Kandidaten aufstellt. Irigend welche pretensiöse Arbeit im Parlament dürfen die Kommunisten gar nicht machen. In ihrem Wahlkampf erklären sie ausdrücklich, daß sie nur in den Reichstag gehen, um dort Klamauf zu machen. Als Gegner der Demokratie sind sie selbstverständlich auch gegen jede Volksschöpfung, die der reinste Ausdruck der Demokratie ist. Deshalb erklären sie den Plan, den Achtstundentag, wie das in der Schweiz geschehen ist, durch eine Volksschöpfung sicherzustellen, als „Arbeiterbetrug“, „Wahlbetrug“, „Verkauf am Achtstundentag“ usw.

Es ist deshalb auch durchaus erklärlich, daß die „Kote Jahne“ nun allseitig gegen den Beschluß zu Fasse zieht, den der Bundesausschuß des DGB. in seiner Tagung vom 18. und 19. März gefaßt hat, eine Kommission mit den Vorbereitungsarbeiten zur Herbeiführung eines Volkentscheides über den Achtstundentag zu betrauen. Daß dieser Beschluß, wie schon gesagt, vom Bundesausschuß des DGB. gefaßt worden ist, wie die „Kote Jahne“ offenbar nicht. Sie verheimlicht auch — was wir bereits festgestellt haben —, daß irgendein konkreter Beschluß noch gar nicht vorliegt und sie unterdrückt weiter den wirklichen Text des Abstimmens von Washington.

Die „Kote Jahne“ ist aber dümmere, als es selbst Sinowjew erlauben würde, wenn sie erzählt, daß das Abstimmens von Washington keine Strafvorstellungen für Übertretungen enthält. Soll etwa in Gent ein Gericht eingeleitet werden, vor dem alle Unternehmer der fünf Erdteile vorgeladen und abgeurteilt werden, die sich irgendwo gegen das Abstimmens von Washington verfahren haben? Für die Durchführung eines internationalen Abstimmens können selbstverständlich nur die Staaten als solche die Verpflichtung übernehmen. Es ist Sache der einzelnen Länder, durch entsprechende Ausführungsbestimmungen die Übertretung eines internationalen Abstimmens unter Strafe zu stellen. Obermützig die „Kote Jahne“ der Kulturwelt etwa zu, als internationaler Straßgericht die russische Strafrechtsprechung zu übernehmen? Dafür würden wir uns insbesondere in Deutschland bestens bedanken!

Auf den Unfug der „Koten Jahne“, der demagogisch sein will und nur launigweilig ist, irgendwie weiter eingegangen, erübrigt sich. Wir wollen in Deutschland keine Diktatur, ob sie nun von den jungen Leuten Sinowjews oder deren Freunden von rechts proklamiert wird, sondern die Volksherrschaft. Die wenig die Kommunisten selbst an sich und ihre „Popularität“ glauben, beweist die „Kote Jahne“ am besten selbst, wenn sie jähzelt, daß im kommenden Reichstag keinerlei Mehrheit für den Achtstundentag vorhanden sein wird. Damit gefaßt hat die Kote Sinowjews ein, daß es ganz genau Belieben über die geringen Ausschüß, die die Kommunisten bei den Reichstagswahlen haben. Gerade deshalb aber sind wir anderer Meinung. Die Kommunisten als praktische Feinde des Achtstundentages (siehe Zeitschriften und Bülletten) haben zwar keine großen Chancen bei den Reichstagswahlen, um so besser aber steht die Frage des Achtstundentages.

25 Jahre dänische Gewerkschaftszentrale.

Die dänische Gewerkschaftszentrale „De samvirkende Faglorbund“ bringt anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung im Jahre 1898 eine Zusammenstellung der Tätigkeits dieses Organs der Arbeiterbewegung, die sehr reich und zugleich lobend für die Arbeit der dänischen Gewerkschaften in ihren vielen Hinsichten auf das Hand- und Arbeiterleben der dänischen Gewerkschaften ist. Von 61.000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände im Jahre 1898 ist die Mitgliederzahl auf 237.500 Ende 1923 gestiegen, wobei die Gesamtmitgliedszahl Dänemarks mit 3,2 Millionen zum Vergleich herbeigezogen ist. Unter den Mitgliedern 1923 befinden sich rund 40.000 Frauen. Dazu kommt eine Zahl von rund 74.000 Angehörigen von Gewerkschaften, die, obwohl auf freierem Boden stehend, der Zentrale nicht direkt unterstehen, so daß es Ende 1923 rund 320.000 gewerkschaftlich organisierte in Dänemark gibt.

Das Wirken der Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit kennzeichnen folgende Zahlen: Durchschnittsarbeitszeit in Dänemark 1872 = 11,4 Stunden täglich, 1910 = 9,7, 1918 = 9,5, 1920 = 8,3. Der Achtstundentag ist seit 1920 allgemein, die Arbeitszeit von 8,5 Stunden rührt von der Anpassung an Saisonarbeit (Landwirtschaft, Fischen) her. Der Reallohn des dänischen Arbeiters ist durch das Wirken der Gewerkschaften von jährlich 1206 Kronen im Jahre 1914 auf 1579 im Jahre 1920, der Durchschnittslohn von 19,9 Ders im Jahre 1872 auf 35,5 im Jahre 1890, auf 142,1 Ders im Jahre 1922 — das eine Kronenwertsteigerung von circa ein Drittel hat, gestiegen.

Von der Großausperrung im Jahre 1899 an hat der „Samvirkende Faglorbund“ in unzähligen Streiks und Ausperrungen seine Kampfkraft erweisen. Es sei bemerkt, daß die 25-Jahr-Schrift darüber der deutschen und englischen Unterstüßungen (sowohl 1899 wie später) gedenkt. Von 1899 an über richtete die dänische Gewerkschaftszentrale ihr Augenmerk darauf, durch Gesetz und Bergleisensinstitutionen die verurteilten Ausperrungen und Streiks zu vermeiden. Durch diese Verhandlung mit der Regierung und durch die dänische sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelang es ihr, schon 1900 eine gesetzliche Handhabe gegen wilde Ausperrungen zu schaffen, die im Jahre 1910 verbessert wurde, im Jahre 1908 die erste amtliche Bergleisensinstitution für Arbeitslosigkeit zu errichten, die Gewerkschaften als Arbeitsminister 1918 erheblich verbesserte.

Eine andere Art Regierungsunterstützung erlangten die dänischen Gewerkschaften 1907 durch ein Gesetz, das ihnen Staatszuschuß für ihre Arbeitslosenstellen zur Verfügung stellte, 1914 wurde dieses Gesetz verbessert, 1921 unter der national-liberalen Regierung allerdings verhorrt, was die nunmehrige Regierung Stauding wieder hat wieder gutmachen wird.

Besonders eng ist das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in Dänemark. Am geschäftsführenden Ausschuss des F. J. sitzen auch zwei Mitglieder des Parteivorstandes. International geschlossen die dänischen Gewerkschaften zwei Kreise, einerseits ein besonderes Zusammenarbeiten der skandinavischen Gewerkschaften, das in letzter Zeit nur durch die Moskauer Seiten-

spinnung des Konzepts gefordert wurde, andererseits durch Mitarbeit in der Amsterdamer Internationale. Genossenschaftlich hat sich die dänische Gewerkschaftszentrale an der Gründung der „Arbeiter-Rohlenverwertung“ und der „Arbeiter-Bundesbank“ führend beteiligt. Zerpfitterungsstimmungen zeigten sich vor dem Kriege von Inflationistischer, nach dem Kriege von kommunistischer Seite. Beide sind voll und ganz abgemehrt worden. Mit glänzenden Finanzen und strenger Disziplin steht der dänische „Samvirkende Faglorbund“ kampfbereit und stärker als je zuvor da.

Zum Streit in der Staatsoper.

Wie uns vom Chorführer- und Ballettverband mitgeteilt wird, fanden gestern im Kultusministerium Verhandlungen statt, die jedoch resultatlos verliefen. Eine zu gestern abend einberufene Verammlung der Streitenden beschloß nach Entgegennahme des Berichtes, den Streit fortzusetzen. Trotz vieler Engagementsangebote, teilweise sogar vom Ausland, wollen die Streitenden zunächst das Auseinandergehen des Ensembles vermeiden und haben deshalb bisher alle Angebote abgelehnt. In der Generalverwaltung der Staatsoper liegt es nun, ihrerseits endlich ein genügendes Entgegenkommen zu zeigen, um den Streit, nicht zuletzt im Interesse des Ansehens der Staatsoper selbst, zu einem befriedigenden Ende zu führen.

Generalversammlung des Gemeindearbeiterverbandes.

In der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, gab Bevollmächtigter Bogodjinski den Geschäftsbericht über das Quartal. Einen breiten Raum nahm sein Bericht über das Tarifwesen ein. Bei allen Verhandlungen und Tarifabschlüssen zeigte sich der rückwärtschreitende Einfluß des Verbandes kommunistischer Arbeiter, dem der Magistrat Berlin angehört. Der Hauptvorstand des Gemeindearbeiterverbandes mußte bei Verhandlungen wegen Abfalls eines neuen Reichsmandatariats in der Abwehr beschuldigter Arbeitsverweigerung sogar dazu schreiten, in einigen Orten Deutschlands den Mitgliedern die Arbeitseinstellung freizustellen. Diese Leisaktionen hatten den Erfolg, daß etwa verlängerte Arbeitszeit auch bezahlt werden muß. Bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne für Gemeindearbeiter zeigten sich Schwierigkeiten insofern, als die Verhandlungen bei den Reichsbehörden zwischen Arbeitern und Beamten getrennt geführt wurden und infolgedessen die Neueinstellung der Löhne für die Reichsbeamten verzögert wurde. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband trat deshalb, ohne die staatliche Regelung abzuwarten, an den Magistrat heran und erreichte auch den Abschluß eines annehmbareren Lohnabkommens. Leider haben sich bei allen Tarifverhandlungen Differenzen mit den an den Tarifen beteiligten Brudergewerkschaften ergeben, die der Sache durchaus nicht förderlich waren. Es muß erwartet werden, daß unter Hilfe und Vermittlung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen dieser leidige Konflikt endlich einmal beigelegt wird. Bogodjinski gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die alte Schlagkraft der Organisation, die durch die Inflation stark gelindert wurde, wieder herzustellen.

Der Redakteur Sietemann konnte in seinem Referat feststellen, daß die finanziellen Verhältnisse der Filiale sich nach dem Eintritt fester Währungsverhältnisse zur Zufriedenheit gebessert haben. Er machte auf die am 23. d. M. eintriefende Beitragsrückzahlung aufmerksam.

In der Aussprache protestierte Leug (SPD.) gegen den Beschluß der Gewerkschaftskommission, die oppositionellen Mitglieder der Plenarversammlung zur Einstellung ihrer Tätigkeit in den gewerkschaftlichen Zweigstellen der kommunistischen Partei zu veranlassen. Er erklärte, sich als vollberechtigtes Mitglied der Gewerkschaftskommission zu fühlen, um so mehr, als seine Mandatgeberin, die erweiterte Ortsverwaltung, ihm bisher das Mandat nicht entzogen habe. Eine von ihm eingetragene Anschließung fand jedoch nicht die Mehrheit der Versammlung, nachdem Bogodjinski sich in seinem Schlußwort dagegen gewandt hatte. Dem Redakteur wurde Entschuldigend erteilt.

Rummehe referierte Bogodjinski über den neuen Manteltarif für die städtischen Arbeiter Berlins. Danach beträgt die Arbeitszeit in den Betrieben der Stadt 8 Stunden täglich, doch hat der Magistrat das Recht, bei einer Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten, diese dann auch auf die Arbeiter anzuwenden. Der Tarif gilt bis Ende März 1925, hat aber Bestimmungen, nach denen mögliche Paragrafen beim Inkrafttreten des neuen Reichsmanteltarifs außer Kraft gesetzt werden und dafür die Abmachungen des Reichstarifs treten.

Zur Frage der Rente haben sich bisher alle Funktionsträger für Arbeitsruhe ausgesprochen. Es steht zu erwarten, daß den Feiernden vom Magistrat keine Schwierigkeiten bereitet werden. Am Schluß der Versammlung teilte Gürtel mit, daß in Zukunft des Mittwoch keine Kassenstunden mehr stattfinden. Der Bezug des Verbandsorgans wird in Kürze neu geregelt werden.

Neue Löhne für die städtischen Rammereiarbeiter.

Durch Vereinbarung zwischen dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Magistrat sind die Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Rammereibetriebe (auch merbende Betriebe) ab 1. April wie folgt festgesetzt:

Männliche Arbeitskräfte. Ungelernte Arbeiter: 18 bis 21 Jahre 26 Pf., 21 bis 24 Jahre 30 Pf., über 24 Jahre 40 Pf. pro Stunde. Die Erhöhung beträgt gegenüber den bisherigen Löhnen durchweg 5 Pf. Ungelernte Arbeiter: 33, 44, 45 Pf. Erhöhung ebenfalls 5 Pf. Handwerker: 47, 52, 54 Pf., Erhöhung 6 Pf. Qualifizierte Handwerker: 50, 57, 59 Pf., Erhöhung 6 Pf. Rindererwerbsfähige: 30, 32, 33 Pf., Erhöhung 5 Pf. Jugendliche: 14 bis 17 Jahre 12, 15, 22, 26 Pf., Erhöhung 5 Pf.

Weibliche Arbeitskräfte. Ungelernte Arbeiterinnen: 18 bis 21 Jahre 26 Pf., 21 bis 24 Jahre 29 Pf., über 24 Jahre 30 Pf., Erhöhung gegenüber den bisherigen Löhnen durchweg 5 Pf. Schreier- und Reinigungsfrauen: 25, 27, 28 Pf., Erhöhung 5 Pf. Ungelernte Arbeiterinnen: 29, 32, 33 Pf., Erhöhung 5 Pf. Qualifizierte Arbeiterinnen: 35, 38, 39 Pf., Erhöhung 5 Pf. Rindererwerbsfähige: 20, 22, 24 Pf., Erhöhung 5 Pf. Jugendliche: 14 bis 17 Jahre 9, 12, 15, 19 Pf., Erhöhung 5 Pf.

Der Zuschuß für Frauen und Kinder beträgt wie bisher 3 Pf. Auf den Mehrerdienst, der sich aus dieser Lohnregelung seit dem 30. März ergibt, werden im Laufe dieser Tage folgende Vor-

schüsse gewährt: Arbeitnehmer von 18 bis 21 Jahre 5,40 M., 21 bis 24 Jahre 7,20 M., über 24 Jahre 9 M. Jugendliche: 14 bis 16 Jahre 1,60 M., 17 Jahre 3,40 M. Rindererwerbsfähige: 3,60, 5,40, 7,20 M. Diese Zuschüsse werden an alle Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts gewährt, die in der Zeit vom 30. März bis 24. April d. J. ununterbrochen vollbeschäftigt im städtischen Dienst gestanden haben.

Für die in den städtischen Müll- (Regie-) Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer beträgt die Höhe ab 20. Februar für ungelernete Arbeiter 29,65 M., steigend bis 35,05 M. für qualifizierte Handwerker.

Wirtschaft

Inflation (Salutis, Preis, Lohn 1914—1924). Unter diesem Titel hat Genosse Dr. Emil Kraus eine wertvolle Studie zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise im Verlag Bensheimer (Mannheim) erscheinen lassen. In streng sachlicher, wissenschaftlicher Betrachtungsweise schildert Kraus zunächst die durch Krieg und Inflation herbeigeführte Umschichtung der gesamten Wirtschaft; dann geht er auf die Zusammenhänge zwischen Inflation und Finanzpolitik ein; bei diesem Anlaß schildert er die gewaltigen Vorteile, die der Volk bei der Bekämpfung und aus der Kreditpolitik der Reichsbank zog. Die verheerende Wirkung der Notenpresse und Salutarstellung auf die Kaufkraft des Arbeitelohnes wird eingehend und mit reichem statistischen Material dargestellt. In dem Kapitel: „Die wirtschaftliche Sanierung.“ Ihre grundlegenden Voraussetzungen“ fordert Kraus die Rückkehr zu gesunder Kalkulation. Er protestiert gegen die Umwidmung der Folgen der Stabilisierungskrise auf die Arbeiterkraft und weist die kreislaufende Politik der Unternehmung gegen den Achtstundentag in ihre Grenzen zurück. Er verlangt kategorisch den Übergang zu einer festen, in Gold geführten Währung, den Abbau aller überhöhten Preise und scharfer Kontrolle der Kartells und Monopolpreispolitik und eine Hebung der Reallohn als Voraussetzung der Wirtschaftseholung. Das Buchlein, das 1,50 M. kostet, kann der Arbeiterkraft empfohlen werden.

Zusammenschluß im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Der Bayerische Genossenschaftsverband in Ansbach, dem eine Zentralkasse und 278 Einzelgenossenschaften angehören, hat sich dem Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Berlin angeschlossen. Im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind damit im Deutschen Reich in 26 Bundes- und Provinzialverbänden 25.166 Genossenschaften mit rund 2,8 Millionen Mitgliedern vereinigt. Er stellt damit die größte deutsche landwirtschaftliche Organisation dar.

Gewerbesteuer und Gartenbau. Nach der Gewerbesteuerordnung vom 23. November v. J. unterliegen der Obst- und Weinbau sowie der Gartenbau der Gewerbesteuer nicht. Diese Bestimmung enthält, so wird, dem „Amtlichen Preussischen Preßdienst“ zufolge, in einem gemeinsamen Ertrag des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Handelsministers ausgeführt, im Verhältnis zu dem Gewerbesteuerertrag von 1891 eine Verringerung insofern, als bisher nur der Gartenbau mit Ausnahme der Kunst- und Handelsgärtnerei gewerbesteuerfrei war, während nach dem neuen Recht der gesamte Gartenbau, also auch die Kunst- und Handelsgärtnerei, gewerbesteuerfrei ist. Dagegen unterliegt die Kunst- und Handelsgärtnerei ebenso wie die übrigen steuerfreien Betriebe der Steuerpflicht, insofern ein gewerbmäßiger Zukauf fremder Erzeugnisse des Gartenbaues zum Zwecke des weiteren Betriebs im rauen oder bearbeiteten Zustande stattfindet.

Ausbreitung des Karstadt-Konzerns in England. Der Leith- und Warenhauskonzern Rudolf Karstadt N. G. hat in dieser Zeit größter Prosperität in England für 27.000 Pfund Sterling (540.000 Goldmark) eine Spinnerei erworben. Das in Warrington gelegene Werk soll dem Konzern ermöglichen, alle im eigenen Betrieb benötigten Garne selbst zu spinnen.

Theater der Woche.

Sonntag, 27. April bis 5. Mai 1924.

Holländische Opern: 1. Opernhaus: 1. Hoftheater, 2. Opernhaus, 3. Hofoper, 4. Hofoper, 5. Hofoper, 6. Hofoper, 7. Hofoper, 8. Hofoper, 9. Hofoper, 10. Hofoper, 11. Hofoper, 12. Hofoper, 13. Hofoper, 14. Hofoper, 15. Hofoper, 16. Hofoper, 17. Hofoper, 18. Hofoper, 19. Hofoper, 20. Hofoper, 21. Hofoper, 22. Hofoper, 23. Hofoper, 24. Hofoper, 25. Hofoper, 26. Hofoper, 27. Hofoper, 28. Hofoper, 29. Hofoper, 30. Hofoper, 31. Hofoper, 32. Hofoper, 33. Hofoper, 34. Hofoper, 35. Hofoper, 36. Hofoper, 37. Hofoper, 38. Hofoper, 39. Hofoper, 40. Hofoper, 41. Hofoper, 42. Hofoper, 43. Hofoper, 44. Hofoper, 45. Hofoper, 46. Hofoper, 47. Hofoper, 48. Hofoper, 49. Hofoper, 50. Hofoper, 51. Hofoper, 52. Hofoper, 53. Hofoper, 54. Hofoper, 55. Hofoper, 56. Hofoper, 57. Hofoper, 58. Hofoper, 59. Hofoper, 60. Hofoper, 61. Hofoper, 62. Hofoper, 63. Hofoper, 64. Hofoper, 65. Hofoper, 66. Hofoper, 67. Hofoper, 68. Hofoper, 69. Hofoper, 70. Hofoper, 71. Hofoper, 72. Hofoper, 73. Hofoper, 74. Hofoper, 75. Hofoper, 76. Hofoper, 77. Hofoper, 78. Hofoper, 79. Hofoper, 80. Hofoper, 81. Hofoper, 82. Hofoper, 83. Hofoper, 84. Hofoper, 85. Hofoper, 86. Hofoper, 87. Hofoper, 88. Hofoper, 89. Hofoper, 90. Hofoper, 91. Hofoper, 92. Hofoper, 93. Hofoper, 94. Hofoper, 95. Hofoper, 96. Hofoper, 97. Hofoper, 98. Hofoper, 99. Hofoper, 100. Hofoper.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angesehnt, dem Verk. isolierter Baubetriebe
Berlin N24, Elsässer Str. 36-38
— Fernsprecher: Nord 1198 —
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Bei sofortiger Auslieferung erhalten Beamte, Angestellte und Arbeiter in fester Stellung
la Fahrräder auf Kredit
bei geringer Ratezahlung. Konkurrenzlos.
Industriewerke William Söskind & Co. L.L.
vorm. Brevath & Müller.
Homburg-Altona, Grünestr. 18-22.
Vom 27. April bis einschl. 1. Mai Ausstellungshalle am Kaiserdamm, Stand 234, Mittelstraße.

Weiglola-Haarfarbe - Haus
Neuestes Verfahren der Haarfarbherstellung und Haarrestfarbung sowie Haarrestfärbung, ohne das Haar porös zu machen, mittels moderner Haarrestfärbungs-Apparate. Jeder verfarbte oder verbleichte Haar erhält wieder sein natürliches Aussehen. Separates Spezialverfahren.
H. Heidebeckstr. 11.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife 66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G.m.b.H.
Berlin NO 33, Colmarer Straße 3-9.

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen und Mädel
Mit reichem Bilderschmuck verleiht Kinderland wertvolle Anregungen — auch bei fehlendem Inhalt, ist eine Schatzkammer des Buches in die Hand genommen werden!
Preis 1.- Mark
Sie haben bei allen Gebirgsversteuern und in der
Verlags-Druckerei, Lindenstr. 3

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stetig vorrätig zu bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankl. Allee 207
Nähe Bahn, Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3327

Möbel Müller
Berlin C., Alexanderstr. 31. Tel. 1731
Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohn- und Schlafzimmer, sowie Elfenbein-Obel-Fabrik zu billigen Preisen.

Transportgeräte aller Art - Wagen aller Art
Schlechterwerke
Peter Schlechter, Berlin SW 68
Markgrafestraße 27.

Besonders
Wissen und die besten Artikel in der besten Ausführung.
„Nur die“ und keine anderen!

billig!